

14.-17. MAI 2015 KÖLN  
**36. BUNDES-  
KONFERENZ**  
... weil es in unseren  
Händen liegt,  
diese Welt  
zu verändern!

## Beschluss der 36. Bundeskonferenz



Sozialistische  
Jugend  
Deutschlands –  
**Die Falken**

Beschluss

25 Jahre Einheit? Pustekuchen!

Dieses Jahr ist es 25 Jahre her, dass die DDR zu einem Teil der Bundesrepublik gemacht wurde. Zum Teil erfüllt vom nationalen Nonsens der Wiedervereinigung, zum Teil beseelt von der Hoffnung auf ein Leben in materiellem Wohlstand entschied man sich, die viel beschworene „historische Gelegenheit“ zu nutzen und dem Sozialismus der DDR Lebewohl zu sagen. Ein Vierteljahrhundert und eine Generation später ist ein guter Zeitpunkt gekommen, um ein Resümee zu ziehen und sich einmal Gedanken zu machen, was diese sogenannte „Einheit“ eigentlich bedeutete, insbesondere auch für diejenigen, die im Osten Deutschlands aufwuchsen. In Zeiten alternativer Politik stellt sich die Frage nach Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen immer mehr, weshalb auch eine Auseinandersetzung mit bisher als gescheitert wahrgenommenen Versuchen einer anderen Gesellschaft umso wichtiger wird.

### **Einheit und Gleichheit – von wegen!**

Wenn man sich heute verschiedenste Statistiken anschaut und diese grafisch auf Karten von Deutschland überträgt, dann fällt eins auf. Die ehemalige DDR ist immer noch sehr gut zu erkennen. Ob Arbeitslosigkeit, generelles Haushaltseinkommen oder Lebensstandard – in allen Kategorien schließen die ostdeutschen Bundesländer signifikant schlechter ab als die westdeutschen. Die Verdienstmöglichkeiten im Osten sind deutlich geringer und die Chance auf einen Ausbildungsplatz mit anschließender Übernahme gleich null. Oder kürzer formuliert: In Ostdeutschland ist man materiell immer noch schlechter gestellt.

Nun wird oft argumentiert, dass auch die Lebenshaltungskosten im Osten geringer sind und man mit wenig Geld weit kommt. Das gilt aber auch für die Unterschiede zwischen Stadt und Land oder Nord und Süd, und bisher ist es keinem eingefallen, dass Menschen in einem niedersächsischen Dorf weniger Rente bekommen sollen als Hamburger\*innen oder der Tarifvertrag in München höher ist als der in Fulda. Dass es mittlerweile ein Vierteljahrhundert dauert, Löhne und Renten in beiden Landesteilen anzugleichen ist ein Problem, vor allem wenn man daran denkt, dass etwa auch hauptamtlich in der Jugendverbandsarbeit Tätige für dieselbe Arbeit unterschiedlich entlohnt werden. Selbst die erst vor kurzem eingeführte sogenannte Mütterrente unterscheidet zwischen Ost und West, als ob es im Osten irgendwie leichter gewesen wäre, Kinder aufzuziehen.

### **Grau, kaputt und voller Nazis**

So lauten gängige Urteile von Westdeutschen, vor allem von jenen, die noch nie jenseits der deutsch-deutschen Grenzen waren. Tatsächlich wurde in Ostdeutschland im Zuge der sogenannten Wiedervereinigung vieles kaputt gemacht., befördert durch eine verfehlte Eingliederungspolitik der 90er Jahre, in denen westdeutschen Firmen Subventionen gezahlt

wurden, wenn diese ostdeutsche Betriebe übernahmen. Wenn dies geschah, wurde in den meisten Fällen die Subvention in die bestehenden Standorte im Westen gesteckt, der ostdeutsche Betrieb dicht gemacht und die Arbeiter\*innen auf die Straße gesetzt. Bis heute sind die Nachwirkungen dieser Prozesse zu spüren. In Folge dessen verließen viele Menschen auf der Suche nach Arbeit Ostdeutschland, während die nun leer stehenden Wohnungen zu verfallen begannen. Nicht nur, dass die Menschen sich auf einmal mit der Realität kapitalistischer Arbeitskraftverwertung auseinandersetzen mussten, auch die Entwertung der eigenen Biografie durch die neuen gesellschaftlichen Werte führte bei vielen Menschen zu tiefen Krisen. Als Verantwortliche dieser Krisen wurden immer mehr als „Ausländer\*innen“ definierte Menschen ausgemacht, was zu Beginn der 90er zu massiven rassistischen Exzessen führte, vor allem, aber nicht nur in Ostdeutschland. Eine Mischung aus Blindheit der DDR für Neonazismus, der als Rowdytum abgetan wurde, verfehlter Jugendsozialarbeit, die Neonazis als solche akzeptieren wollte und aus Unfähigkeit und Unwillen der Politik, auf den grassierenden Rassismus zu reagieren, führte zu einer nachhaltigen Stärkung der Neonaziszene in Ostdeutschland. Dies ging einher mit dem verfehlten „Einigungsprozess“. Die ursprüngliche Idee, den Art. 146 des Grundgesetzes zu nutzen, um eine Wiedervereinigung zu ermöglichen, wurde von der Regierungskoalition unterdrückt. Eine Wiedervereinigung dieser Art, wäre auf Basis einer zu gründenden verfassungsgebenden Institution geschehen. Anschließend hätte eine daraus entstehende neue Verfassung durch eine Volksabstimmung legitimiert werden müssen. Die Regierungskoalition befürchtete jedoch, dass der Einfluss von SPD, Grünen und PDS die Bildung einer „anderen Republik“ mit anderem politischen und wirtschaftlichen System zur Folge hätte. So wurde eine gleichberechtigte Beteiligung politischer Kräfte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verhindert. Statt einer „Vereinigung“ trat die DDR der Bundesrepublik bei, mit marginalen Änderungen der Verfassung. Der Fokus stand gleichzeitig nicht auf dem Aufbau demokratischer Strukturen, sondern auf einer Elitentransformation aus „West-“ nach „Ostdeutschland“. Noch heute sind die Auswirkungen dessen erkennbar. Ein Großteil der politischen Elite in „Ostdeutschland“ hat eine Biografie, die in der Bundesrepublik vor 1990 begann.

Das Naziproblem in weiten Teilen Ostdeutschlands ist nicht zu leugnen, die NPD sitzt in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag, im sächsischen Landtag sitzt die AfD mit weitreichenden Kontakten in die ansässige Naziszene und in einigen Gegenden bilden Kameradschaften die dominante Jugendkultur. Nazis in Ostdeutschland sind mit ihrer Strategie, (zivil-)gesellschaftliche Positionen einzunehmen erfolgreich. Bekannte Nazis sind etablierte Akteur\*innen in verschiedenen Positionen; nicht nur im parlamentarisch-politischen Bereich (Stadträte, Gemeinderäte, Landtag), sondern auch als Kindergärtner\*innen, in Sportvereinen, Fanszene, Jugendclubs, Freiwillige Feuerwehr, usw. Übergriffe durch Nazis, auf (vermeintlich) alternative Menschen, Asylsuchende und migrantisch Wahrgenommene sind an der traurigen Tagesordnung. Auch Anschläge auf Asylsuchendenheime, wie vor kurzem in Tröglitz, sind keine Einzelfälle, genau wie Nazidemonstrationen, die besonders im ländlichen Bereich oft unwiderrprochen stattfinden. Gleichzeitig marschieren PEGIDA und seine Ableger jeden Montag in verschiedenen sächsischen Städten auf, in Dresden zu Hochzeiten mit regelmäßig bis zu 35000 Teilnehmenden. Am Rande dieser Demonstrationen kommt es häufig zu gewaltvollen Übergriffen auf Menschen, die nicht in das reaktionäre Weltbild von PEGIDA und Konsorten passen.

Obwohl Nazis in Westdeutschland nicht in der gleichen Form in gesellschaftliche Strukturen etabliert sind, wäre es zu kurz gegriffen, das Naziproblem als rein ostdeutsches Problem zu begreifen.

Man denke nur an Köln, wo Hogesa quasi unwiderrprochen die Stadt unsicher machen konnte, Dortmund, wo eine der etabliertesten Naziszenen Westdeutschlands aktiv ist oder Aachen, wo es rechte Hooligans geschafft haben, linke Ultras aus dem Fußballstadion zu vertreiben. No-Go-Areas gibt es eben nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland.

Dennoch sind Vorurteile gegenüber Ostdeutschland und den dort lebenden Menschen immer noch an der Tagesordnung. So können sich westdeutsche Abiturient\*innen so gut wie nie vorstellen an einer ostdeutschen Uni zu studieren, egal wie gut diese vielleicht ist. Auch als Ostdeutsche\*r in eher westdeutsch dominierten Situationen ist es nicht immer einfach. Ob es

die Bezeichnung „Ossi“ ist, die unhinterfragt verwendet wird, das spontane Imitieren des sächsischen Dialekts, wenn man erwähnt, wo man herkommt (auch wenn man aus Brandenburg kommt) oder das „witzig“ gemeinte Vorspielen von Reinald-Grebe-Liedern – all das trägt nicht dazu bei, sich als Ostdeutscher wohl oder willkommen zu fühlen.

### **Realexistierender Sozialismus der DDR**

Wenn man sich die Einheitsfeierlichkeiten 2014 anschaut, kommt man auf die Idee, dass sich die Bürger\*innen der DDR geradezu danach verzehrt haben, endlich in der Bundesrepublik zu leben und vorher in einem totalitären Staat gelebt haben, der dem nationalsozialistischen Deutschland in nichts nachstand. Die Rede von den „zwei deutschen Diktaturen“ ist populär wie nie und in Einrichtungen wie der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen wird genau dies gepredigt (gern mit dem Hinweis, dass die DDR fast noch schlimmer war).

Hier soll es nun nicht darum gehen, die DDR schönzureden. Dennoch muss dem oben beschriebenen Diskurs etwas entgegengesetzt werden, was bis heute eigentlich völlig fehlt: eine emanzipatorische Kritik der DDR von links. Ob Überwachung, Arbeitsfetisch oder stalinistischem Führungsstil – zu kritisieren gäbe es für Linke vieles. Doch, und auch das wäre ein Ziel einer solchen Kritik, gab es vieles in der DDR, was einem auf dem ersten Blick als eigentlich lobenswert erscheint. Ob die Gleichstellung der Geschlechter oder die garantierte staatliche Kinderbetreuung, von einigen Einrichtungen der DDR profitieren Ostdeutsche bis heute.

Wir befinden uns als Sozialist\*innen immer noch in der Situation, dass wir uns bei jeder sich bietenden Gelegenheit von der DDR distanzieren müssen. Ob es das Blauhemd ist oder die Forderung nach der Abschaffung des Kapitalismus, der Vorwurf, wir würden die DDR zurück fordern, wird stets von bürgerlicher Seite als Totschlagargument angeführt. Umso wichtiger wäre es, an dieser Stelle aus der Defensive zu kommen und einen offensiven Umgang mit dieser Form von Sozialismus zu finden. Nicht nur, um die eigenen politische Positionen verteidigen zu können, sondern auch im Hinblick auf den von uns geforderten Wandel der Gesellschaft zu einer sozialistischen, ist es wichtig, dass wir analysieren, was in der DDR falsch gemacht wurde, um diese Fehler nicht zu wiederholen. Außerdem haben die Prozesse der „Wiedervereinigung“ Folgen für die Situation der ostdeutschen Gliederungen in unserem Verband. Ostdeutsche Gliederungen befinden sich noch immer im Prozess eines langsamen und oft schwierigen Verbandsaufbaus. Konsequenzen des erst seit den 1990er Jahren beginnenden Aufbaus sind fehlende Strukturen wie Falkenhäuser, eigene Zeltplätze und „Altfalken“ aber auch eine fehlende Tradition der ausreichenden Förderung von Jugendverbandsarbeit mit Kontakt zu Genoss\*innen in Jugendämtern, Jugendhilfeausschüssen, etc.

### **Ein Blick nach vorn und einer zurück**

Der Verband setzt sich mit Mechanismen auseinander, die eine Ungleichbehandlung Ostdeutscher fördern, sowohl gesamtgesellschaftlich als auch verbandsintern.

Der Bundesverband setzt sich mit der DDR aber auch mit dem Transformationsprozess der Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland in den letzten 25 Jahren und den Folgen der deutschen Wiedervereinigung kritisch auseinander. Er erarbeitet eine fundierte Position zu diesen Punkten.